

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle A. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 13. Dezember. Von einigen Blättern wird bereits das Scheitern der Militär-vorlage angekündigt. Wären die am ersten Tage der Beratung abgegebenen Erklärungen bindend, so würde das in der That der Fall sein. Denn der Redner der Zentrumsparthei hat für seine Partei erklärt, daß sie die Vorlage der Regierung in ihrem vollen Umfange nicht bewilligen könne. Und er hat weiter hinzugefügt, daß, wenn die zweijährige Dienstzeit festgelegt würde, die Zentrumsparthei Alles ansetzen werde, was zu deren Durchführung notwendig sei, doch nur im Rahmen der jetzigen Präsenzstärke. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Reichsarmee auch am Sonnabend wieder als den springenden Punkt der ganzen Vorlage hingestellt. Hält die Zentrumsparthei, ohne deren Unterfützung im jetzigen Reichstage eine Militär-vorlage nicht durchzubringen ist, daran fest, daß eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke abzulehnen sei, so ist nach den bestimmten Auslassungen des Grafen Caprivi die Aussicht auf eine Verständigung nicht vorhanden. Allerdings darf man darauf hinweisen, daß die erste vom Freiherrn von Huene abgegebene Erklärung sich nicht ganz mit der zweiten deckt; sie spricht nur von einer Nichtbewilligung der ganzen Vorlage, während die zweite sie überhaupt ablehnt. In Windthorst's Zeiten würde ein derartiger Bezug auf dem politischen Schachbrett nicht zu erwarten gewesen sein. Er würde sich auch so forthin gebildet haben, seine Partei schon in der Generaldebatte zu verpfeifen und sich so mit seinen Neuzugungen festnageln zu lassen, wie das dem Abg. von Huene durch den Abg. Richter widerfahren ist. Die „Germania“ weist, daß die Regierung die vom Zentrumsredner gewünschte Verständigung dadurch ermöglicht, daß sie auf die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke verzichtet. Es scheint dem ultramontanen Blatte ganz eingeleuchtet zu sein, daß Graf Caprivi nach dem Freiherrn v. Huene und unter offener Verwahrung auf dessen Erklärungen gesprochen hat, wenn auch der Name des Freiherrn von ihm nicht genannt wurde, vielleicht weil die Regierung noch auf eine Verständigung in dem von ihr gewünschten Sinne hofft.

Die Beratung des Ergänzungsteuer-gesetzes wird durch einige Vorgänge bei der Ver-anstaltung zur Einkommensteuer erheblich erschwert. Insbesondere wird, wenn auf die Nothwendigkeit der Befragung der Steuerpflichtigen für solche Fälle hingewiesen wird, in denen es andererseits an den zur Schätzung des Vermögens erforderlichen tatsächlichen Unterlagen fehlen würde, stets betont, daß bei der Veranlagung zur Einkommensteuer vielfach Erhöhungen des deklarirten Einkommens vorgenommen seien, ohne daß dem Steuerpflichtigen von der Vermögensveränderung vorher Mitteilung gemacht oder ihm Gelegenheit zur Aufklärung gegeben sei. Daß Fälle dieser Art öfter vorgekommen sind, erscheint leider sicher. Auch kann unter einer bestimmten Voraussetzung eine höhere Veranlagung des Einkommens, als es in der Steuererklärung be-zeichnet ist, nach dem Wortlaut und dem Sinne des Gesetzes ohne vorgängigen Meinungsaustausch mit dem Steuerpflichtigen erfolgen. Dies trifft zu, wenn letzterer zwar überall richtige tatsächliche Angaben gemacht, daraus aber aus Nachlässigkeit einen falschen Schluss auf sein steuerbares Einkommen gezogen, z. B. geleistet unzulässige Abzüge und dergl. gemacht hat. In diesem Falle bedarf es einer vorgängigen Benachrichtigung der Steuerpflichtigen rechtlich nicht, sie wird auch bei der Fülle von Geschäften, welche den Veran-lagungscommissionen obliegen, von Ausnahmefällen abgesehen, besser unterbleiben.

In allen anderen Fällen aber, insbesondere wenn es sich um Zweifel bezüglich der tatsächlichen Angaben der Steuerpflichtigen handelt, schreibt das Gesetz die Beanstandung der Steuer-erklärung und zugleich vor, daß von der Beanstandung dem Steuerpflichtigen beizufügen Erklärung Mitteilung zu machen ist. Nach dem Gesetze kann es, abgesehen von dem Falle des Nach-tritts, daher gar nicht vorkommen, daß die Veranlagungscommission von der Einkommens-an-gabe des Steuerpflichtigen abweicht, ohne daß ihm vor der Veranlagung davon Mitteilung gegeben wird. Wo anders verfahren ist, wurde nicht dem Gesetze entsprechen, sondern, wenn die Steuerpflichtigen sind zweifellos ohne voll-rechtliche, im Wege der Beschwerde Remedium gegen das Verfahren des Vorsitzenden der Veran-lagungscommission bezw. der letzteren zu schaffen. Es darf daher angenommen werden, daß ähnliche Verstöße gegen die Absicht und den Wortlaut des Gesetzes bei den weiteren Veranlagungen nicht vor-kommen werden.

Am Reichstage wurde am Sonnabend von konföderativer Seite die Frage der Abänderung des Unterfützungsgesetzes berührt und nunmehr wird auch gemeint, daß eine hierauf bezügliche Vorlage dem Reichstage noch in der lau-fenden Tagung beschäftigen werde. Der Gegenstand, der hiermit gemeint ist, war dem Bundesrat schon vor längerer Zeit zugegangen. Als hauptsächlichste Aenderung sah er die Ver-legung des Zeitpunktes, von welchem ab nach Verlauf von zwei Jahren der Unterfützungswohnsitz erworben wird, vom zurückgelegten vier-undzwanzigsten auf das achtzehnte Lebensjahr vor. Des Weiteren wurde eine Verändersungsfrist von zwei Jahren für den Anspruch auf Erstattung derjenigen Kosten in Aussicht genommen, welche der Ortsarmenverband leistet, in dessen Bezirk sich der Hilfsbedürftige beim Eintritt der Hilfs-bedürftigkeit befindet. Auch sollten unter die Personen, denen im Falle der Erkrankung von dem Ortsarmenverbande Kur und Verpflegung gewährt werden sollen, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter aufgenommen werden. Schließlich sollte dem Unterfützungsgesetze noch eine Bestimmung hinzugefügt werden, nach welcher mit Haft bestraft werden soll, wer, ob-wohl er in der Lage ist, sich und seine Angehörigen zu unterhalten, dies den gesetzlichen Verpflichtungen und der Anforderung der zuständigen Be-hörde zuwider derart unterläßt, daß zum Unterhalt seiner Familie oder eines Mitgliedes derselben durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Man dürfte in der Annahme kaum fehlgehen, daß, wenn, was aber nicht gerade wahrscheinlich ist, der Bundesrat noch in der laufenden Tagung dem Reichstage einen Entwurf zur Abänderung des Unterfützungsgesetzes unterbreiten

dürfte, die Bestimmungen des letzteren sich mit den oben angeführten im Wesentlichen decken werden.

In letzter Zeit sind vielfach Klagen darüber zu vernehmen gewesen, daß Betriebsunternehmer wegen der Uebertretung polizeilicher Vorschriften seitens jugendlicher Arbeiter zu Polizei-strafen verurtheilt sind, ohne daß dieselben von diesen Uebertretungen etwas gewußt, geschweige denn sie veranlaßt hätten. Diese Klagen hörte man vor dem Innebetreten der neuesten Ge-werberbungs-Novelle noch häufiger. Durch die letztere sollte ihnen aber abgeholfen werden und könnte es auch, wenn die Unternehmer größerer Betriebe, welche solche Uebertretungen unmöglich selbst verhindern können, überall von der ihnen durch die neue Fassung des Abs. 1 des § 151 gewährten Befugnis Gebrauch machen. Durch diese Fassung ist nämlich die Verantwortlichkeit des Unternehmers für den Fall beschränkt worden, daß er eine an sich geeignete Person mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder eines Theiles desselben beauftragt. Dieser ist dann für solche Uebertretungen haftbar und kann es auch sein, weil ihm die Ueberwachung der Arbeiter möglich ist. Der Gewerbetreibende kann, wenn er eine solche Person angestellt hat, nur dann bestraft werden, wenn er bei der Aus-wahl derselben fahrlässig zu Werk gegangen ist oder wenn er die Uebertretung wissentlich geschehen ließ. Er würde also beispielsweise be-straft werden können, wenn derselbe Beauftragte wiederholt einer Uebertretung schuldig befunden wurde, da hieraus auf den Mangel an Sorgfalt in der Auswahl oder in der Beaufsichtigung des letzteren geschlossen werden muß. Im Uebrigen aber würde die Strafe denjenigen treffen, der tatsächlich solche Uebertretungen polizeilicher Vorschriften auch zu verhindern im Stande ist.

An Frau Geheimrath Werner von Sie-mens hat der Reichsfürst Graf Caprivi ein in herlichen Worten abgefaßtes Beileidschreiben ge-richtet. Der Berliner Botenfürst Italiens, Graf Kanja, sandte ein Telegramm, worin er „sein aufrichtiges Mitgefühl über den schmerzlichen Verlust des berühmten Forschers und eminenten Elektrikers“ bezeugt. Ferner übermittelte der Botenfürst der öffentlichen Arbeiten, der Posten und Telegraphen, der den Heimgang des großen Mannes tief beklagt und seiner unaussprechlichen Verdienste um die Aufklärung der Physik für die moderne Zivilisation mit rühmenden Worten gedenkt.

Kiel, 11. Dezember. Als Se. Maj. der Kaiser gelegentlich seiner letzten Anwesenheit hiersebst auf der Germania-Werft erkannte Panzerschiff „Wörth“ besichtigte, folgte er seiner lobenden Anerkennung dem Werft-Direktor Zimmermann gegenüber seinen Glückwünschen zu ferneren Schiffebauten für die deutsche Marine hin. Wie ein hiesiges Blatt heute meldet, ist denn der ge-nannte Werft auch bereits der Bau eines neuen Aviso übertragen worden; und zwar kann dies, da ein anderes Schiff derselben Gattung bisher nicht bestellt ist, nur der Aviso „H“ sein, der die beiden neuesten Aviso „Meteor“ und „Komet“ an Größe ganz erheblich übertreffen wird. Denn während die beiden genannten Schiffe nur je 946 Tons groß sind, wird der neue Aviso ein De-placement von 2000 Tons, d. h. die Größe des ebenfalls auf der Germania-Werft gebauten Aviso „Greif“ haben. Eine wichtige Neuerung wird in Bezug auf die bei der kaiserlichen Marine ein-tretenden Kadetten eingeführt werden. Während nämlich die Kadetten ersten Jahrgangs bekanntlich bisher nur im Sommerhalbjahr an Bord des Schiffs kommandirt wurden und im Winter-halbjahr ihren theoretischen Unterricht in der Marine-Akademie erhielten, werden dieselben in Zukunft, um möglichst gründlich an den Aufenthalt an Bord gewöhnt zu werden, während ihres ganzen ersten Dienstjahres auf dem Schiffe ver-bleiben. Folge davon ist, daß das Kadetten-Schiff „Storch“ zukünftig permanent im Dienst verbleiben und in Reparatur u. s. w. Fällen von der zur Zeit in Reserve befindlichen Kreuzer-Fregatte „Stein“ abgelöst werden wird. Da den Kadetten in Zukunft auch der bisher an Land ge-essene Unterricht an Bord erteilt werden muß, von den vorhandenen Lehrkräften aber wegen des Unterrichts in den Offiziersarten der Marine-schule, sowie wegen der Vorträge an der Marine-Akademie Niemand entbehr werden kann, so ist für die Kadetten die Anstellung zweier neuer Dozenten mit einem Gehalt von je 4500 Mark geplant und diese Ausgabe in den neuen Marine-Etat eingestellt worden. — Ganz neu ist ferner die Auswertung eines Gehalts von 2600 Mark für einen Werkbootsmann, welcher die Leitung des mit eigener Fahrmaschine neuen schwimmen-den Krähens übernehmen soll. Da dieses Krahenswerk seiner Art in technischer Beziehung außer-ordentlich kompliziert ist, so ist unerlässlich, seine Beaufsichtigung und Führung einem durchaus zu-verlässigen und erfahrenen Manne zu übertragen. — Ueber einen unangenehmen Vorfall, welcher sich an die Anwesenheit der 2. Division der Ma-növerschiffe in den norwegischen Gewässern knüpft, läßt sich das „Morgenblatt“ in Christiania aus-Christiansund telegraphieren. Wenn die Meldung sich bestätigt, so hat daselbst ein deutscher Ma-trose vom Geschwader einen einheimischen Fähr-knecht mit dem Messer derartig verwundet, daß an dem Aufkommen des letzteren gezweifelt wird. Diese That des Matrosen, der übrigens verhaftet wurde, war natürlich geeignet, der gegen die Deutschen herrschenden Stimmung Nahrung zu geben. Daß dieselbe nicht die günstigste ist, er-giebt sich aus einer von norwegischen Zeitungen gebrachten und von dänischen Wätern fort-potirten Nachricht. Als nämlich in Bergen deutsche Ma-trosen der Marine einen größeren Konzertsaal be-traten, wurde von dem Publikum unter großem Lärm: „Marshall! Marshall!“ geschrien, welchem Verlangen von der Musik ohne weiteres Folge gegeben wurde.

München, 10. Dezember. In diesen Tagen feierten die Offizierskorps der hier garnisontirenden Infanterie-Regimenter die Erinnerung der Be-theiligung der Regimenter an die anfangs De-zember 1870 stattgefundenen Schlachten im deutsch-französischen Kriege. Heute Abend fand die Tafel des 1. Infanterie-Regiments statt, die durch die Theilnahme der Prinzen Rupprecht, Karl, Leopold, Adolf und Alfons geziert wurde; auch der kgl. preussische Militärbevollmächtigte Major von Brüggen erhielt hierzu Einladung und folgte derselben. Den Toast auf den obersten Kriegsherrn brachte der Kommandeur des 1. In-

fanterie-Regiments, Oberst Claus, den auf das tapfere Regiment der Prinz Rupprecht aus.

Die gestern Abend stattgefundene General-versammlung des Landesverbandes zur Förderung des Fremdenverkehrs in Bayern wählte einstimmig den berühmten Hygieniker, Geh. Rath Ober-medizinalrath und Universitäts-Professor Dr. Ziemssen (ein geborener Greifswalder) zu ihrem ersten Präsidenten.

München, 12. Dezember. Mit der Aus-gabe der Sperrgelder für die Dörfse Münster ist jetzt der Anfang gemacht worden. Einem Theile der zum Empfange Berechtigten ging be-reits in diesen Tagen eine Anweisung zur Hebung der ihnen zuerkannten Beträge bei den bezüglichen Steuerämtern zu, und ist daraufhin die Ausga-be erfolgt. — Da denjenigen (bezw. deren Erben), welche während der Dauer der Sperre — also vom 1. Juli 1875 bis 31. Dezember 1883 — für die ihnen vorenthaltenen Gehälter bezw. Gehalttheile an milden Gaben oder kirch-lichen Fonds ganz oder theilweise Ersatz erhalten haben, offenbar die moralische Verpflichtung vor-liegt, einen entsprechenden Ersatz an diejenigen Personen oder Fonds zu leisten, von welchen sie Unterstützung damals hergekommen ist, so steht zu erwarten, daß aus den jetzt erfolgenden Mitga-bungen manche Zuwendungen zu kirchlichen oder wohltätigen Zwecken eintreten werden.

Weg, 8. Dezember. Aus jenem Landstrich des Grenzgebietes, wo deutsche, französische und luxemburgische Grenze zusammenstoßen, ist ein eigenartiger „Grenzzwischenfall“, wenn man ihn so nennen darf, zu verzeichnen. Am vorletzten Novembertage beförderte die französische Gendar-merie eine aus 45 Personen bestehende Kompanie und eines Alters bestehende Kompanie, deren Mitglieder meist luxemburgischer und spanischer Na-tionalität sind, bei Longaville durch Schub über die luxemburgische Grenze. Dort machte die Bande durch Diebstahl und Stehlen alsbald die Gegend unsicher, so daß die luxemburgische Behörde fürgen Prozeß zu machen sich genöthigt sah, Besirke bei den Dorfbewohnern entnahm und das Gefindel in den mitgebrachten Wagen an einem anderen Punkte wieder ins schöne Frankreich hineinbrin-gen ließ. Tags darauf war es wiederum in Luxem-burg. Die französischen Gendarmen waren auf der Hut und erklärten, sie hätten strengen Befehl, die Rote auf keinen Fall zurückkehren zu lassen. Also fort mit ihr auf dem einzig noch möglichen Wege — nach Vöhringen. Hünibler kam sie freilich, aber kaum war die deutsche Gendarmerie der Bande ansichtig geworden, da verfuhr sie genau so, wie die luxemburgische Kolonne gethan hatten, verführten nämlich an einen anderen Stelle der Grenze sämtliche 45 mit Sach und Pack ins Großherzogthum zurück. Das Manöver wiederholte sich. Am selben Tage erschienen sie wieder auf deutscher Seite und wurden ebenso prompt auf die luxemburgische zurückbefördert. Nun erst ließ es die luxemburgische Behörde genug sein des grausamen Spiels. Zur Zeit lagert die Bande in zwei Zellen und wird auf Kosten des Großherzogthums bewacht und ernährt, bis der Fall auf diplomatischem Wege ge-regelt ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Dezember. (W. T. B.) Abgeordnetenhause. Bei der heute fortgesetzten De-batte über die Antwort, welche der Minister-präsident Graf Taaffe am Freitag auf die Inter-pellation betreffend die Geschäftsverabbarung der Versicherungs-Gesellschaft „Oesterreichischer Phö-nix“ erteilt hatte, erneuerten die Abgeordneten Geymann und Unger ihre Vorwürfe; die heftige Form derselben hatte für Jeden von beiden einen Ordnungsruf zur Folge. Von Seiten der Re-gierung widerlegten der Sektionschef Pappratt und der Sektionsrath im Justizministerium Call die vorgebrachten Beschwerdepunkte. Ersterer mit dem Ansprache des Verräters über die Sicherung der wohlgemeinten Sanierungsaktion der Re-gierung durch beide Angriffe und mit der Ver-sicherung, daß die Regierung die Sanierung fräftig fördern werde.

Wien, 12. Dezember. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhause begann heute die Budgetbe-rathung. Die 1848er Partei brachte einen mit staatsrechtlicher Begründung versehenen Antrag auf Ablehnung des Budgets ein.

Wien, 12. Dezember. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses wurde ein von Heilbrigg eingebrachter Antrag, das Budget-Provisorium auf zwei Monate herabzusetzen, nach einer zutreffenden Aenderung des Finanz-ministers einstimmig angenommen.

Wien, 12. Dezember. Der Kaiser ernannte den Herzog Albrecht von Württemberg, den Thron-folger Württembergs, zum Rittermeister im 4. Infan-terien-Regiment.

Belgien.

Brüssel, 12. Dezember. (W. T. B.) Nachrichten vom Ufer des Tanganyikasee vom 15. September berichten, die Führer der Streit-kräfte der Antislaverei-Gesellschaft, Kapitäne Jacques und Dubert befanden sich im besten Wohlbefinden.

Brüssel, 12. Dezember. (W. T. B.) Aus Gent wird gemeldet: Heute Abend fand hier eine von den Sozialisten einberufene Versammlung statt. Der Bürgermeister hatte jeglichen öffent-lichen Zutritt untersagt. Als die Theilnehmer an der Versammlung nach Schluß derselben gleichwohl die Straßen durchzogen, traten ihnen die Polizei vor dem katholischen Gesellschaftsaale entgegen, um sie zu zerstreuen. Die Manifestan-ten warfen sich mit Dolchen und Messern auf die Polizeigenossen, von denen mehrere schwer ver-letzt wurden. Die Verwundeten wurden in das katholische Gesellschaftsaale getragen. Die ver-beiherufene Gendarmerie nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Brüssel, 12. Dezember. (W. T. B.) Nach einer später hier eingegangenen Meldung aus Gent sind bei dem Zusammenstoß zwischen den sozialistischen Manifestanten und der Polizei etwa 30 Personen verunzelt worden, darunter 5 Polizeigenossen, von denen 3 schwerere Verlegun-gen erlitten.

Frankreich.

Paris, 12. Dezember. Senat. Rascombe richtete an die Regierung eine Interpellation wegen deren Haltung gegenüber der von der Kam-mer eingeleiteten Panama-Untersuchungskommission. Der Justizminister Bourgeois erklärte, er habe der Kommission die gesammelten auf die Panama-

Angelegenheit bezüglichen Akten mittheilen müssen, um eine volle Aufklärung der Angelegenheit zu sichern und den Glauben nicht aufkommen zu lassen, daß gewisse Aktenstücke bei Seite geschafft worden seien. Er verbürge die Wahrheit der Ant-reffen der Vertheidigung, da die Geheimhaltung dessen, woran die Angeklagten ein Interesse hätten, gewahrt bleiben würde. Die Regierung werde die Kommission in dem Bestreben unterstützen, volle Aufklärung zu schaffen, ohne jemals die Schranken des Gesetzes zu überschrei-ten. Der Ministerpräsident Ribot hob hervor, nach vor wenigen Tagen hätte die Einleitung der Untersuchung überfällig erscheinen können, ar-gers der Entsehung der Verleumdungslust sei jedoch die Untersuchung für die öffentlichen Ge-samtheiten eine Pflicht geworden. Bourgeois habe die Akten im Einvernehmen mit allen Mitgliedern der ganzen Regierung der Kommission mitgetheilt. Die Republik sei stark genug, um volle Aufklä-rung zu schaffen; allein das Parlament müsse die Regierung in dem Bestreben unterstützen, dem Lande verständlich zu machen, daß die Republik sich nicht in Gefahr befinde. Eine von Challe-mel-Lacour eingebrachte Tagesordnung, in welcher dem Vertrauen des Senates zu den Erklärungen der Regierung Ausdruck gegeben wird, wurde hierauf mit 228 gegen 14 Stimmen angenommen.

Paris, 12. Dezember. (W. T. B.) Pa-nama-Untersuchungs-Kommission. Bei Beginn der heutigen Sitzung machte Sarrien, der der Kommission als Mitglied angehört, Mittheilungen bezüglich eines heute Vormittag erschienenen und Cornelius Herz betreffenden Artikels des „Figaro“. Er selbst habe im Jahre 1885 als damaliger Minister der Posten Cornelius kennen gelernt, denselben jedoch seit der Zeit, wo er sich im Mi-nisterrathe der Erziehung einer Kommission zu Gunsten einer Telefon-Gesellschaft widersetzt habe, nicht wieder gesehen. Cornelius Herz sei keineswegs sein Freund gewesen, derselbe würde sicherlich nicht zögern, der Kommission, wenn diese es wünschen sollte, gewisse ihn betreffende Schrift-stücke vorzulegen.

Die von der Panama-Untersuchungs-Kom-mission gewählte Delegation wird morgen im Geschäftsraum des Generalstaatsanwalts mit der Durchsicht der gerichtlichen Akten beginnen.

Paris, 12. Dezember. (W. T. B.) Die Kommission für die Beratung des Antrags Bourgeois, durch welchen die Panama-Kommission ermächtigt werden soll, den Untersuchungsrichter der Kommission beizufügen, hörte heute den Justizminister Bourgeois. Derselbe erklärte, der Antrag verleihe gegen alle rechtlichen Grundsätze, theilweise auch gegen die Verfassung; außerdem sei er unnütz, da die Panama-Untersuchungs-Kommission sich für hinreichend ausgerüstet erklärt habe. Der Antrag Bourgeois wurde nach dem Begehren des Ministers von der Kommission mit einer unmissverständlichen Aenderung angenommen.

Paris, 12. Dezember. (W. T. B.) Nach Meldungen aus Buenos-Ayres hat Antonin Ver-nejo aus Gesundheitsrücksichten die Uebernahme des Portefeuilles des Innern abgelehnt.

Paris, 12. Dezember. (W. T. B.) De-putirtenkammer. Des Rotours (konföderativ) und Bourde (sozialist) befragten einen Antrag, wonach die Vorkassesteuer eingeführt werden soll, damit die Alkoholsteuer herabgesetzt werden könne. Der Finanzminister Rouvier bekämpfte den An-trag. Die Frage sei eine durchaus schwierige und könne nur nach reiflicher Prüfung gelöst werden. Die Inbetrachtnahme des Antrages wurde hierauf mit 230 gegen 238 Stimmen be-schlossen, der Antrag wurde an eine Kommission verwiesen.

Paris, 12. Dezember. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer hat den von der Budgetkom-mission nach Verhängung mit der Regierung gestellten Antrag, die Alkoholsteuer auf 245 Frs. pro Hektoliter herabzusetzen, mit 319 gegen 225 Stimmen angenommen.

Italien.

Wie man der „Krenz-Ztg.“ aus Rom be-richtet, gewinnen die Gerichte von der Erschlät-terung der Stellung des päpstlichen Staatssekretärs Rampolla auch dadurch an Boden, daß der Unterstaatssekretär Mocenni, dessen Ernennung zum Kardinal beabsichtigt, einen Nachfolger in der Person eines Abtes von dem politischen Getriebe stehenden päpstlichen Beamten im Auslande, nämlich des Internuntius im Haag, Mgr. Rinaldini, erhalten solle, während Mocenni selbst der politischen Thätigkeit durch Uebernahme eines Verwaltungsamtes, nämlich der Präfektur der päpstlichen Paläste, entzogen werden soll. Dies, sowie die nun sichere Ernennung des Erzbischofs Salimberti zum Kardinal sind jedenfalls sympto-matische Erscheinungen.

Rom, 12. Dezember. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung interpellirte Guarneri die Re-gierung über die jüngsten Senatoren-Ernennungen. Ministerpräsident Giolitti erklärte, er wolle aus Achtung vor dem Senat und vor sich selbst die an ihn gerichteten Phrasen Guarneris übergehen und sich bloß auf die Aufklärung der Absichten der Regierung beschränken. Die Behauptungen Guar-neris betreffend der Art und der Zahl der in letzter Zeit erfolgten Ernennungen von Senatoren müsse er zurückweisen. Nachdem noch zwei andere Redner gesprochen, wurde der Zwischenfall ge-schlossen und die Sitzung aufgehoben.

Spanien und Portugal.

Madrid, 12. Dezember. Der Minister-präsident Sagasta verließ im Senat und in der Kammer ein Dekret, durch welches das Parla-ment verlegt wird.

Großbritannien und Irland.

London, 9. Dezember. Einem Reiter-Telegramm aus Petersburg zufolge droht die Hungersnoth in Rußland von neuem auszu-brechen; am schlimmsten seien die Gouvernements Woroneß, Tula, Riazan und Bessarabien be-trüffet. Die Preise verminderte die wahre Lage. Der Gouverneur von Woroneß habe be-reits fünf Millionen Rubel von der Regierung verlangt, um die Nothleidenden in seiner Provinz vor dem Hungertode be-wahren zu können. Der Gouverneur von Tula sei für den gleichen Zweck um zwei Millionen gekommen. In Regierungstreifen hoffe man, der Noth in Bessarabien durch Anlegung öffent-licher Bänken und Werke abzuheben. Graf Leo Tolstoi sei mit seiner Familie demüthigt, in Riazan Hilfe zu schaffen. Die Ansuchen seien im Ganzen schlimmer noch, als im vergan-gen Jahre.

Gestern verbreitete sich das (telegraphisch be-reits kurz erwähnte) Gerücht, daß der stellver-tretende Administrator der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft in Uganda, Kapitän Williams, seinen Posten verlassen hätte und nach der Küste unter-wegs sei. Die hiesige Hauptverwaltung der Ge-sellschaft erklärt diese Darstellung gänzlich im All-gemeinen als der Wahrheit entsprechend. Einer eben eingegangenen Depesche zufolge sei Williams erkrankt und habe sich deshalb auf den Weg nach der Küste begeben. Da jedoch sechs englische Offi-ziere in Uganda verblieben, so würde ohne Zwei-fel einer derselben die Stellvertretung des Ad-ministrators übernehmen haben; überdies sei der Major Eric Smith mit einer leicht ausgestatteten Karavane am 6. September von Mombassa nach Uganda aufgebrochen und werde vermuthlich schon dort eingetroffen sein. Er kenne das Land genau und sei dort bereits unter dem Kapitän Lugard thätig gewesen. Die Möglichkeit eines Inter-regnums wäre deshalb völlig ausgeschlossen. Heute nun erhielt das Auswärtige Amt vom dem Generalkonsul in Sanibar, Sir Gerald Portal, die telegraphische Mittheilung, daß Kapitän Williams ihm gefürchtet habe, daß er zwar er-krankt sei, aber erst nach Ankunft des Majors Smith nach der Küste abgehen würde. Der Brief des Kapitäns Williams ist von einem Ge-boten der Uganda Mitte Oktober verlesen, an die Küste gebracht worden und wird als neuere Nach-richt erachtet, als die der Gesellschaft zugegangene Depesche.

London, 12. Dezember. (W. T. B.) Dem „Neu ersten Bureau“ wird aus Kalluta gemel-det, nach den letzten daselbst eingegangenen Nach-richten aus Tschital sei Schir-Ajzul von Nizam-ul-Mulk in die Flucht geschlagen worden. Letz-terer habe von Tschital Beig ergriffen, Schir-Ajzul sei entflohen.

Rumänien.

Bukarest, 12. Dezember. (W. T. B.) Der König nahm heute die Adresse der Kammer ent-gegen und dankte in feinem und der Königin Namen, sowie im Namen des Thronfolgers und dessen Braut für die einmüthig ausgedrückten Gefühle der Loyalität, mit welcher die Verlobung des Thronfolgers begrüßt wurde. Dank den Kämpfen und übermenschlichen Anstrengungen sei das Reich nunmehr konsolidirt. Alle Be-mühungen und Gedanken des Königs seien darauf gerichtet, Rumänien eine ruhige Gegenwart und gesicherte Zukunft zu geben. Während seiner langen, gezeichneten, vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung seien Bande geschaffen worden, welche eine mächtige Gewähr für Rumänien bilden, dessen Existenz so häufig durch den Wechsel der politischen Ereignisse gefährdet worden sei.

Griechenland.

Athen, 12. Dezember. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer beriet heute über den Ab-schluß der diplomatischen Beziehungen zu Rumä-nien und erteilte der Regierung mit 130 gegen 7 Stimmen ein Vertrauensvotum. 7 Stim-menzettel waren unbeschrieben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Dezember. Vor der Straßam-mer 1. des hiesigen Landgerichts wurde heute ein Strafprozeß verhandelt, welcher seine Schatten schon lange vorher geworfen hat und dem von einem großen Theil der Bevölkerung mit vielem Interesse entgegen gesehen wird. Es handelt sich um die Strafsache gegen den Küster der hiesigen St. Jakobi-Kirche, Heinrich Ferdinand Görtel, welcher der Untreue und Unterschlagung beschul-digt ist. G., welcher früher als Kapellmeister des Königs-Regiments hiersebst thätig war, ist seit dem 1. Dezember 1884 als Küster bei der genannten Kirche angestellt und hatte neben den kirchlichen Leistungen auch die Einziehung der Stuhlgebühren, sowie die Pfarrerquartiergehälter zu beorgen. Im April 1891 kam es einem Mit-gliede des Kirchenraths, Herrn Kaufmann Gerber, welchem die Kasseneinsicht oblag, zur Kenntniß, daß Wechsel von Görtel in Umlauf seien, gleich-zeitig wurde ihm die Mittheilung, daß G. mit der Abfertigung der eingezogenen Gelder sei-tensamt sei. Herrn Gerber fiel dies auf, er be-sprach sich mit dem zweiten Herrn Reisor und es wurde eine außerordentliche Kassenrevision vorgenommen. Zu derselben war die Beirathung der Kirchen-Registrierer unbedingt nothwendig, welche Herr Pastor Steinmetz in Verwahrung hatte, auffälliger Weise lehnte derselbe jedoch die Uebergabe an die Revisoren ab und es bedurfte erst einer ausdrücklichen Verfügung des Herrn pastor prim., um dieselbe dann zu erlangen und auch dann lieferte sie Herr Pastor Steinmetz mit einem schriftlichen Protest ab. Auf-fälliger Weise ist dieser Protest dann aus den Akten verschwunden. Die außer-ordentliche Revision ergab zunächst das Resultat, daß die Kirchen-Registrierer von Januar bis April 1891 überhaupt nicht geführt waren und daß dies vorher seitens des Küsters geschehen war, obwohl ihm dies im Vertrag ausdrücklich unter-sagt war. Aber seitdem der vorige, inzwischen verstorbenen Revisor erkrankt war, scheint in der Verwaltung manche Unregelmäßigkeit vorge-kommen zu sein und ein nicht hinreichende Auf-sicht dieselbe bestrafte zu haben. Die außerordent-liche Revision hatte jedenfalls zur Folge, daß Görtel bis auf Weiteres von seinem Amt als Küster beseitigt und eine ausgedehnte Unter-suchung gegen ihn eingeleitet wurde, deren Frucht die heutige Anklage ist, durch welche derselbe beschuldigt wird, in 23 Fällen als Vollmündigter der Kirchenbehörde über Vermögensgegenstände der-jelben absichtlich zum Nachtheil dieser Behörde verfügt zu haben und zwar um sich einen Ver-mögensvortheil zu verschaffen. Es handelt sich dabei meist um kleine Posten von Stuhlgebühren für Trauungen und Taufen in Gesamtheiten von 100 bis 200 Mark. Ferner wird dem Angeklagten in 23 Fällen Unterschlagung zur Last gelegt und zwar befaßt diese folgende Fälle: in der Advents-zeit um zum Weihnachtsgeld brennen auf dem Altar der Jakobikirche vier Ertroffern, deren Rollen von der hiesigen Kaufmannschaft getragen werden. Görtel soll nun zwei solcher Rollen im eigenen Vortheil benutzt haben, indem er sie an sich nahm, bei Trauungen enthielt und sie dann dafür bezahlte ließ; außerdem soll er 25 bis 30 Mark und in 19 Fällen kleinere Beträge, welche der Kirchenkasse gehörten, und die er in Verwahrung hatte, im eigenen Nutzen verwendet

Gladgou, 12. Dezember. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 5398 Tons gegen 5838 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newport, 12. Dezember, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Januar 55,50 Weizen per Mai 82,62.

Newport, 12. Dezember. Wechsel aus London 486. — Petroleum in Newport 555, in Philadelphia 550 rohes (Marke Fort & S.) 535. Pipe line certifi per Januar — D. 54 S. Mehl 3 D. 90 S. Groter Winter Weizen loco — D. 78 1/2 S. Rother Weizen per Dezember — D. 77 1/4 S., per Januar — D. 78,75 S., per Mai — D. 82 1/2 S. Weizen bedrahtet 1,25 Mais per Dezember 51,50. Ruder 219 1/2 S. Schmalz 10,00. Kaffee die Nr. 7 16 1/2. Kaffee per Januar erd. die Nr. 7 15 35 Kaffee per März, erd. die Nr. 7 15 50. Weizen (Antons-Roths) per Mai 82 1/2.

Newport, 12. Dezember. Bestand an Weizen 75,571,000 Bushels, do. an Mais 10,711,000 Bushels.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 12. Dezember, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Bun, Type B. per Januar 4,52 1/2, per Juni 4,67 1/2 Käufer.

Bankwesen.

London, 12. Dezember. Bankausweis. Totalreserve Pfd. Sterl. 15,652,000, Zunahme 150,000.

Notenumlauf Ffd. Sterl. 25,491,000, Abnahme 372,000.
 Baarvorrath Ffd. Sterl. 24,693,000, Abnahme 213,000.
 Portefeuille Ffd. Sterl. 23,373,000, Zunahme 117,000.
 Guthaben der Privaten Ffd. Sterl. 28,767,000, Zunahme 74,000.
 Guthaben des Staates Ffd. Sterl. 3,652,000, Abnahme 54,000.
 Notenreserve Ffd. Sterl. 14,262,000, Zunahme 116,000.
 Regierungssicherheiten Ffd. Sterl. 11,256,000, Abnahme 200,000.
 Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 48 gegen 47½ in der Vorwoche.
 Clearinghouse-Umsatz 124 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 10 Millionen.

Telegraphische Depeschen.

Danzig, 13. Dezember. Heute Nacht sind hier drei große, größtentheils mit Getreide gefüllte Speicher niedergebrannt. Ein Dorseuermann wurde getödtet, mehrere Feuerleute verletz

Breslau, 13. Dezember. Berichten aus Trieland zufolge ist der Gendarm Meyer bei der Festnahme des Zuchthäuslers Wuttmann ermordet worden.

Görlitz, 13. Dezember. Zu dem von uns gestern gemeldeten Mord an einer Frauensperson in einem hiesigen Hotel ist weiter zu berichten, daß die Ermordete die Kinderfrau Hadmann aus Görlitz ist. Trotz stieberrhafter Thätigkeit der Polizei ist es bis zur Stunde noch nicht gelungen, den Mörder zu ermitteln.

Wien, 13. Dezember. Das „Wiener Tage-

blatt" bezeichnet die gestrige Rede des Reichstanzlers Caprivi bei der Debatte über die königlichen Gewehre als eine schlichte aber doch kernige, es sei ein echtes Soldatenwort gewesen, getragen von patriotischer Entschlossenheit. In Zeiten, wo man sich nicht scheue, Beunruhigung und Mißtrauen in die Armee zu verpflanzen, müßte ein ernstes Wort von den ersten Beamten des Reiches gesprochen werden. Das Blatt spricht den Wunsch aus, daß der Dieb, welcher die Wäpeler Altenschilder entwendete, der Verbohrtheit entziffen würde, damit helleres Licht in die Angelegenheit komme.

Paris, 13. Dezember. Gestern Abend fand hier eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung statt, um gegen die in der Panama-Angelegenheit bekannt gewordenen Tatsachen zu protestieren. Der Vorsitz führte der ehemalige Deutsche Botsler und mehrere ehemalige

Stadt-Theater.

wiederholten Malen heftige Ruhestörungen hervor
rufen. Schließlich plagte unter einer Tribüne
eine Petarde, worauf sich die Versammlung in
großer Unordnung auflöste.

Madrid, 12. Dezember. Der Schiffskapitän
Cervera hat das Portefeuille des Marineminis-
ters angenommen. Das neue Kabinet wird
den Posten des Maires von Madrid dem Marqui-
Cubas anbieten. Das Kabinet beschloß ferner
die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Frank-
reich wieder lebhaft aufzunehmen.

London, 13. Dezember. Augenblicklich
sollen, wie von der Polizei behauptet wird, über
400 Anarchisten sich aufhalten, welche eine große
Anzahl Dynamit-Attentate planen sollen.

Newyork, 12. Dezember. Nach weiteren
Meldungen aus Pittsburg über die in Homestead
vorgelommenen Vergiftungen traten die ersten
Krankheitserscheinungen unter den Milizsoldaten
vor etwa 2 Monaten auf. Neue Verhaftungen
wurden vorgenommen und eine große Anzahl
Personen unter polizeiliche Beobachtung gestellt.
Der Apotheker und der Arzt von Homestead sollen
zu die Angelegenheit verwickelt sein. Es soll ein
amtliche Leichenschau stattfinden.

1900